

STREIT

10

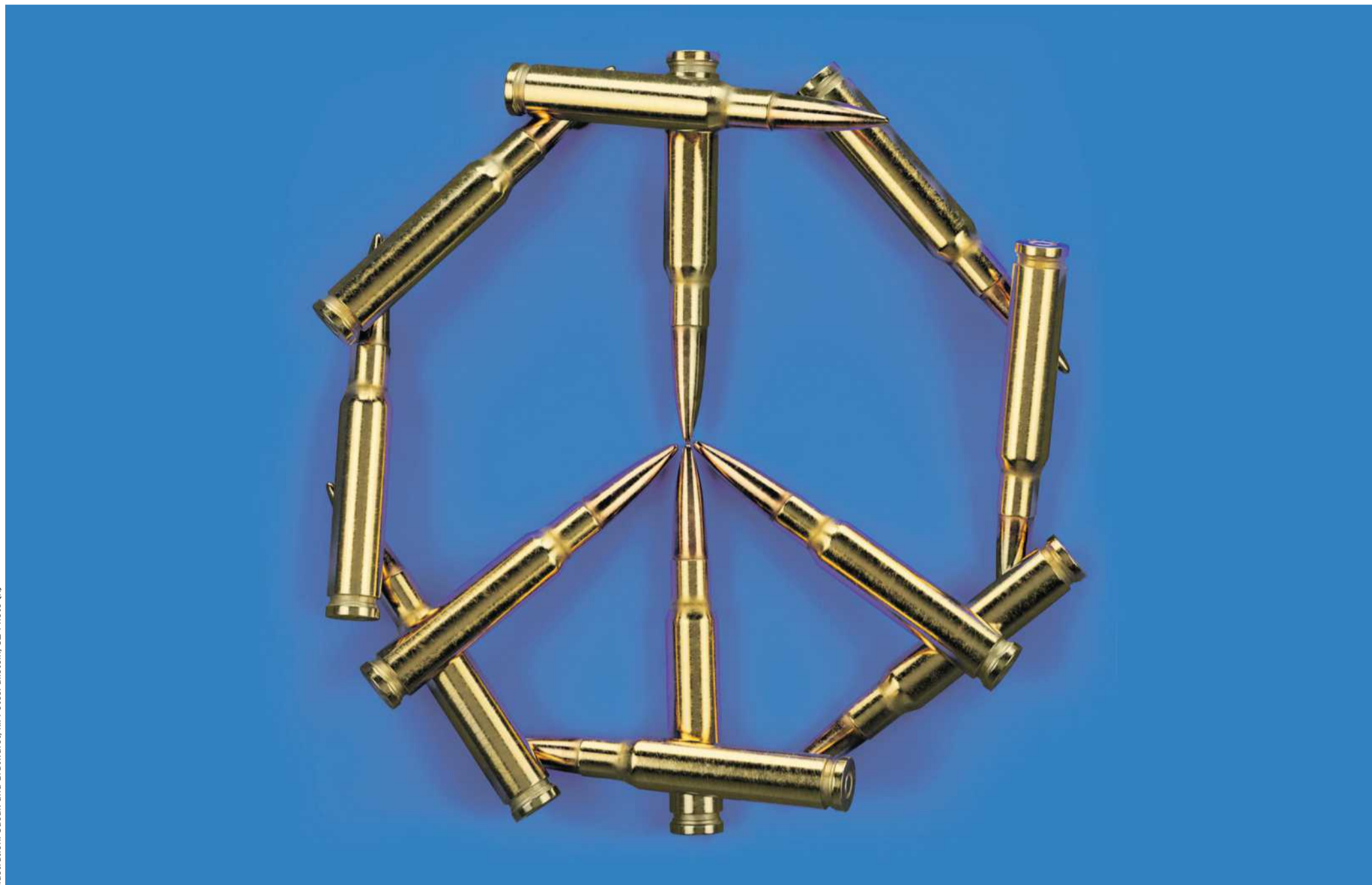


Illustration: Surok und Braunwurst, KI. Fotos: ullstein; SZ, Photo (C)

Friedensdemos an den Osterfeiertagen sind seit 1960 Ausdrucksform deutscher Pazifisten

Darf man noch auf Ostermärsche gehen?

JA, sagt Svenja Flaßpöhler. Gerade in Kriegszeiten ist die Warnung vor dem Abgrund so wichtig

Die Ostermärsche werden in diesem Jahr großen Zulauf haben. Kann das überraschen? Und vor allem: Mit welchem Argument ließe sich eine Teilnahme ernsthaft verurteilen? Schließlich gibt es einen konkreten, schrecklichen Anlass, der die Menschen schon seit Wochen für den Frieden demonstrieren lässt. Auch die Ostermärsche richten sich gegen den russischen Angriffskrieg, der unvorstellbares Leid über die ukrainische Bevölkerung bringt. Der Name Butscha ist jetzt schon tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben, als Synonym für Gräueltaten an der zivilen Bevölkerung. Demonstriert wird überdies, so besagt die gerade jetzt überlebenswichtige Botschaft des Ostermarsches, gegen die Logik des Wetrüstens und gegen den Glauben, Atomwaffen würden diese Welt sicherer machen.

1962 brachten die Kuba-Krise und die mit ihr verbundene Gefahr eines atomaren Weltkrieges die Menschen in Massen auf die Straßen. Im Jahr 2022 ist diese Gefahr zurückgekehrt. Hochrangige Militärs wissen ganz genau: Nur eine falsche Bewegung vonseiten der Nato oder von russischer Seite, und der dritte Weltkrieg ist da. Anders als die ersten beiden Weltkriege würde er aller Voraussicht nach mit Nuklearwaffen geführt werden. Das Ausmaß einer solchen Katastrophe können wir uns nicht vorstellen, ein Blick in die Geschichte gibt allenfalls eine Ahnung: Am 6. August 1945 tötete der von Präsident Truman angeordnete Abwurf der Atombombe über Hiroshima zwischen 90.000 und 120.000 Menschen. Drei Tage später vernichtete eine zweite Bombe über Nagasaki zwischen 60.000 und 80.000 Leben; von den verheerenden Spätwirkungen ganz zu schweigen.

Die Aussage Russlands kurz nach Kriegsbeginn, man sei in der Lage, Warschau »in einer halben Sekunde zu verdampfen«, wurde vielfach als billiger Einschüchterungsversuch, als »Bluff« gewertet. Und, ja, natürlich ist das Schüren von Ängsten ein bekanntes politisches Macht- und Unterdrückungsmittel. Und doch – die russische Drohung ruft jene »Heuristik der Furcht« auf den Plan, die der Philosoph Hans Jonas in seinem Buch *Prinzip Verantwortung* einforderte: Mit Blick auf eine Technologie, die in der Lage ist, die Menschheit zu vernichten, müssen wir – nolens volens – vom Schlimmsten ausgehen, vom Worst Case, nicht vom Best Case. Das »Prinzip Hoffnung« ist im Atomzeitalter fehl am Platz. Auch mit kühler Kalkulation ist man vor der Katastrophe nicht gefeit. In der aktuellen Situation haben wir keine Empirie, keine Zahlen, Feldforschungen oder Prognosen und auch kein Gutachten über die psy-

chische Verfasstheit Putins, welche uns helfen könnten, die Lage einzuschätzen. Wir haben es vielmehr mit einem russischen Präsidenten zu tun, von dem niemand wissen kann, wie weit er zu gehen bereit ist. Genau das ist der fatale Irrtum jener, die in Kernwaffen ein verlässliches Mittel der Abschreckung sehen: Wir erleben gerade, wie ein Mann, der solche Waffen besitzt, mit einer Macht spielt, die er genau diesen verdankt.

Gewiss darf man sich nicht in pazifistische Naivität flüchten: Der Krieg, den Putin gegen die Ukraine führt, bringt viele Gewissheiten ins Wanken. »Frieden schaffen ohne Waffen«: Wie sollte Selenskyj das anstellen? Wie in eine Verhandlungsposition kommen ohne militärische Stärke? Muss ein souveräner Staat nicht in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen zu können? Soll die Ukraine, die dem westlichen Liberalismus und der Demokratie zustrebt, etwa kampflos kapitulieren?

Diese Fragen sind berechtigt, und sie sind quälend, denn in ihnen entbirgt sich das tiefe Dilemma, in dem wir uns befinden. Solidarität mit der Ukraine: Ja, natürlich. Doch es ist die eskalatorische Eigenlogik des Krieges selbst, die unserer Empathie eine harte Grenze setzt und anstatt sloganhaftem Bellizismus (*«Close the sky!»*) stoizistisch-pazifistische Affektregulation erfordert: Sich nicht in diesen Krieg hineinziehen zu lassen bleibt die oberste Maxime. Auch nach Butscha. Doch die immer schrecklicheren Bilder, die uns erreichen, sind bereits Teil der kriegerischen Steigerungsdynamik. Der Westen wird noch mehr Waffen liefern, damit die Ukraine eine Chance hat gegen den Aggressor. Ob früher oder später ein Kipppunkt erreicht sein wird, weiß niemand. Wie lange wird Putin sich noch anschauen, wie Nato-Länder die Ukraine bewaffnen? Und wie wird er reagieren, sollte Russland tatsächlich eine militärische Niederlage erleiden? »Wir kapitulieren nicht. Niemals. Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen«, so proklamierte Hitler 1945, als längst klar war, dass er den Krieg nicht mehr würde gewinnen können. Der deutsche Diktator verfügte

noch nicht über Massenvernichtungswaffen. Putin, dem für seine Großreichsidee kein Preis zu hoch zu sein scheint, ist heute in einer anderen Situation. Er kann die Welt mit in den Abgrund reißen.

Wer an einem Ostermarsch teilnimmt, warnt davor, sich der kriegerischen Logik Putins anzupassen und so zurück in die Vergangenheit zu stürzen. Wer an einem Ostermarsch teilnimmt, fordert eine Zeitenwende, die ihren Namen verdient.



Svenja Flaßpöhler, 47, ist Chefredakteurin des »Philosophie Magazins«. Als Kind hat sie ihren Vater zu Ostermärschen begleitet

NEIN, findet Alexander Graf Lambsdorff: Wer diese Demos besucht, spuckt den Ukrainern ins Gesicht

Frieden schaffen ohne Waffen – die Ukraine hat es versucht. 1994 gab sie als junges unabhängiges Land ihre Atomwaffen an Russland zurück, das sich im Gegenzug verpflichtete, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren, mehr noch, sie zu beschützen. Es war ein Akt einseitiger Abrüstung, wie ihn die Ostermarschierer immer wieder vorschlagen. Und heute? Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, dass die Parolen der Ostermarschbewegung realitätsfern und gefährlich sind, dann hat Wladimir Putin ihn mit seinem brutalen Überfall am 24. Februar dieses Jahres erbracht.

Doch eigentlich stand der Beweis schon 1989 klar sichtbar vor aller Augen. In den frühen Achtzigerjahren gab es heftige sicherheitspolitische Debatten, die sich meist um den Nato-Doppelbeschluss drehten. Die beabsichtigte Stationierung von amerikanischen Pershing-II-Raketen erschien vielen als direkter Weg ins Armageddon, und das, obwohl die UdSSR bereits Jahre vorher gleichartige Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 auf die Hauptstädte des Westens gerichtet hatte. Dass der zweite Teil des »Doppel«-Beschlusses eine ausgestreckte Hand des Westens für Gespräche und Verhandlungen bedeutete, wurde von den Ostermarschierern ignoriert. Die Stationierung der Atomraketen war ein klares Signal an die Führung der Sowjetunion, dass die Nato sich nicht erpressen oder auseinanderdividieren lassen würde. Die USA würden als Garant der Sicherheit Europas engagiert bleiben, die europäischen Mitgliedsstaaten würden ihren Teil der nuklearen Last im Bündnis schultern. Beides war entscheidend dafür, dass Gorbatschow 1985 einen Kurs der atomaren Abrüstung anbot. All das focht jedoch weder Friedensdemonstranten noch Ostermarschierer an.

Die SPD stürzte ihren Kanzler Helmut Schmidt, die damals noch sehr zotteligen Grünen zogen erstmals in den Bundestag ein, und die Demonstrationen der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten brannten sich tief ins Gedächtnis der Bonner Republik ein. Heinrich Böll rezitierte, BAP musizierte, Petra Kelly deklamierte, und im Hintergrund zogen sowjetische und ostdeutsche Agenten die Strippen. Einer von ihnen ist noch heute dabei: der Organisator der Ostermärsche, Willy van Ooyen. Der langjährige Geschäftsführer der Splitterpartei Deutsche Friedens-Union musste 1989 einräumen, dass die Arbeit, die er 30 Jahre lang im Rahmen der bundesdeutschen Friedensbewegung geleistet hatte, aus Ost-Berlin finanziert worden war. Noch am 15. Oktober 1989 genehmigte Erich Honecker über drei

Millionen D-Mark an Zuschüssen für van Ooyens Tarnorganisation. Nach dem Zusammenbruch seines Geldgebers engagierte sich van Ooyen in der Linkspartei, deren Moskauer-Treue sich rätselhafterweise nahtlos vom Kommunismus auf den heutigen Imperialismus übertrug.

Wer hinter van Ooyen hermarschieren möchte, darf das in unserem freien Land gern tun. Die Freiheit erlaubt es aber auch, derlei Tun einzuordnen: Wenn Ostermarschierer jetzt Abrüstung fordern und in Interviews vorschlagen, die Ukraine »gewaltfrei zu unterstützen«, spucken sie den Verteidigern Kiews und Charkivs ins Gesicht. Sie traumatisieren die zu uns Geflüchteten ein zweites Mal, denn sie schützen die Mörder und Vergewaltiger von Butscha, Irpin und Mariupol. Die Ostermarschierer sind die fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch.

Denn wer Putin liest, weiß, dass er sich seit Langem im Krieg sieht mit dem freien Westen und den Freiheiten des Westens. Die Maßnahmen der aktuellen Phase dieses Krieges werden von Moskau aus mit nichtmilitärischen Mitteln umgesetzt. Desinformationskampagnen, Cyberattacken und die Unterstützung demokratiefeindlicher Kräfte sind Mittel der »präemptiven Destabilisierung«, wie der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow sie nennt. Zugleich wird diplomatisch erneut der Versuch unternommen, die USA aus Europa hinauszudrängen. So steht es in den beiden Vertragsentwürfen, die der Kreml am 15. Dezember für künftige Abkommen mit der Nato und den USA vorgelegt hat. Putin will den amerikanischen Nuklearschirm über Westeuropa durch seinen eigenen ersetzen.

Das ist das Kernelement der »Zeitenwende«, die der Bundeskanzler im Bundestag ausgerufen hat: Berlin hat endlich erkannt, dass in Europa ein multidimensionaler Krieg geführt wird – von einer Atommacht. Für die Moskauer Machtelite ist dieser Krieg im Wortsinne existenziell, niemand weiß, wie weit Putin gehen wird. Die russische Opposition ist tot, im Exil oder im Straflager. Der schlafende Riese Deutschland ist aufgewacht und liefert Waffen in ein Kriegsgebiet. Polen und Balten fühlen sich zu Recht

in ihren Warnungen bestätigt und jetzt noch stärker direkt bedroht. In dieser Lage schlagen die Ostermarschierer vor, den Weg der Ukraine zu gehen und den Schutz durch Atomwaffen aufzugeben. Nichts wünscht sich Wladimir Putin dringender. Nichts würde einen Krieg in Westeuropa schneller herbeiführen. Und nichts könnte falscher und gefährlicher sein, wenn man die Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit an künftige Generationen weitergeben will.



Alexander Graf Lambsdorff, 55, ist stellvertretender Chef der FDP-Fraktion im Bundestag und einer der wichtigsten Außenpolitik-Experten seiner Partei